

Nebräer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
 Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
 Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
 Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigenkosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf.
 Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
 Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Aachen.

Nr 2

Donnerstag, den 3. Januar 1929

42. Jahrgang

Neujahrsempfang bei Hindenburg.

Die Gratulation des diplomatischen Korps und des Reichskabinetts.

Berlin, 1. Januar.

Wie an den vergangenen Neujahrstagen, fand auch diesmal bei dem Reichspräsidenten ein großer Neujahrsempfang statt. Der Neigen der Empfänger wurde durch das diplomatische Korps eingeleitet, das das Reichskabinett unter Führung des Reichsfinanzlers folgte.

Vor dem Eingang zum Reichspräsidentenpalais machte bei der um 11.30 Uhr beginnenden Auffahrt der Botschafter und ausländischen Vertreter eine Ehrenwache die Ehrenbegehungen. Zum erstenmal seit Einführung des Präzedenz bei der Reichswehr wurden die Botschafter durch Präzedenzen des Gemeinns geleitet. Bei den Geländen und übrigen Vertretern wurde bei der Ehrenbegehung nur Achtung genommen.

Der Vertreter des Papstes, Nuntius Pacelli, sprach als Donen des diplomatischen Korps im Namen der ausländischen Vertreter den Neujahrsglückwunsch aus, den dem Reichspräsidenten mit einer Anfrage erwiderte. Bei dem Empfang waren auch Reichsanwaltminister Dr. Stresemann, Staatssekretär v. Schuberer und der Chef des Protokolls anwesend.

Nach dem Empfang der diplomatischen Vertreter erschien der Reichsminister an der Spitze der jetzt in Berlin anwesenden Reichsminister vor dem Reichspräsidenten, um in einer längeren Rede die Glückwünsche des Reichskabinetts darzubringen. Der Reichspräsident dankte wieder mit einer Ansprache, in der er auch die aktuellen politischen Probleme berührte.

Daran anschließend fand der Empfang des Präsidiums des Reichstags unter Führung des Präsidenten Böhm, des Reichspräsidenten, der Vertreter der Wehrmacht und der Spitzen der übrigen Reichsbehörden statt. Ministerpräsident Otto Braun überbrachte die Glückwünsche der preussischen Staatsregierung.

Neujahrserlasse an die Wehrmacht.

Ämtlich wird mitgeteilt: Aus Anlaß des Jahreswechsels sind folgende Neujahrserlasse an die Wehrmacht ergangen:

An die Wehrmacht.

Der deutschen Wehrmacht ertheile ich zum Neuen Jahr meine herzlichsten Wünsche und Grüße! Es war mit einer Freude, im abgelaufenen Jahr Heer und Marine bei ihrer erlichen und anerkennungswürdigen Arbeit sehen und ihre guten Leistungen anerkennen zu können.

An die Reichswehr.

Allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichswehr meine herzlichsten Neujahrsgriße!

Der Wehrmacht ist nicht in Feheln schlagen. Geht ihr unabhängig von Starheit der äußeren Form, Willen und Geist zu schulen, ist unter beider Dienst am deutschen Volk.

gez.: Groener, Reichswehrminister.

An das Reichsheer.

Allen Angehörigen des Reichsheeres meine besten Glückwünsche aus. Auch im kommenden Jahre werden wir unter Willen und Geist, General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

An die Reichsmarine.

Zum Jahreswechsel spreche ich der Reichsmarine meine besten Wünsche aus. Auch im kommenden Jahre werden wir unter Willen und Geist, einig im Ziel und fest im Glauben an Deutschlands Zukunft!

gez.: Raeder, Admiral, Dr. h. c., Chef der Marineleitung.

Der Transferschuh.

Gelegentlich der diplomatischen Verhandlungen, die der Vorbereitung der bevorstehenden großen Sachverständigenkonferenz zur Regelung der Reparationsfrage dienen, verlautete mehrfach, daß der amerikanische Reparationsagent Barler Gilbert dafür einträte, daß Deutschland als Kompensation für gewisse Zugeständnisse der Alliierten in der Frage der Gesamthöhe der deutschen Reparationsverpflichtung und des Betrags der jährlich zu zahlenden Annuitäten auf den ihm durch das Londoner Protokoll vom 30. August 1924 zugewilligten Transferschuh verzichtet solle. Ueber die Bedeutung dieses Schuhs und seinen Wert für Deutschland herrscht in weiten Kreisen vielfach keine sehr genaue Vorstellung. Da er aber zweifellos beruhen sein wird, in den bevorstehenden Finanzverhandlungen eine Rolle von überragender Wichtigkeit zu spielen, dürfte es angebracht sein, daß man sich in der breitesten Öffentlichkeit sehr eingehend mit ihm beschäftigt.

Der Versailler Vertrag als solcher kennt den Transferschuh nicht. Er steht überhaupt keinerlei Schutz für die deutsche Wirtschaft vor, obwohl die zahlreichen Wirtschaftsachverständigen, die auf der Seite der Alliierten an seiner Ausarbeitung teilgenommen haben, sich sichtlich Jagen mußten, daß die ungeheuren Zahlun-

gen, die dieses Dokument Deutschland auferlegte, mit ihren fast astronomischen Ziffern eine tiefe Erschütterung und Umgestaltung der gesamten deutschen Wirtschaft nach sich ziehen mußten. Lediglich im Artikel 232 des Versailler Vertrages wird einmal ganz vorübergehend darauf hingewiesen, daß Deutschland nicht in der Lage sei die Gesamtheit der Kriegsschäden in den alliierten Ländern zu ersetzen, da seine Hilfsmittel hierzu nicht ausreichten. Am liebsten wird lediglich an mehreren Stellen des Versailler Vertrags davon gesprochen, daß man Deutschland von Zeit zu Zeit Gelegenheit geben müßte, sich zu den von ihm verlangten Zahlungen zu äußern. Diese platonischen Bemerkungen stellen aber, wie jedem ohne weiteres klar sein wird, keinerlei Schutz für die deutsche Wirtschaft dar.

Der Gedanke des Transferschuhs, wie er dann in den Sachverständigenuntersuchen aufgeleuchtet ist, die die Grundlage des Londoner Protokolls und des mit ihm verbundenen Zahlungsplans darstellten — die sogenannten Dawes-Gutachten — kann als eine Art Ullmüttes Kind der Inflationstatastrophe bezeichnet werden, deren Schwanden der Völker für den Weltkrieg die fährliche Umgestaltung ungewöhnlich hoher Beträge von deutscher Mark in fremde Wäluen nicht nur für die deutsche Währung lief, sondern auch für den gesamten internationalen Wechselmarkt automatisch herbeiführen müßte. Das Wunder der Rentenmark war erst einige Monate alt. Die Stabilität der neuen deutschen Währung stand noch auf sehr schwachen Füßen. Und es ließ sich nicht mit absoluter Genauigkeit voraussehen, wohin die von den Sachverständigen damals vorgeschlagenen finanziellen Maßnahmen führen würden, wenn nicht gleichzeitig ein sicherer Schutz gegen die plötzliche Ueberflutung der Wäluenmärkte mit Milliardenbeträgen deutscher Mark gesichert würde. So bestimmten denn die Männer des Dawes-Ausschusses:

„Als in Deutschland für die Zwecke des Vertrages aufzubehalten Gelder sollen — nur abgetreten werden dürfen unter Bedingungen und Sicherheitsmaßnahmen, die den deutschen Wechselkursmarkt, die Interessen der Gläubigeraktionen und die deutsche Volkswirtschaft hinreichend schützen.“

Praktisch gesehen ist der Transferschuh bis heute so sonderbar es auch klingen mochte, noch nicht in Wirkung getreten. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß Deutschland die bisher fehlenden Verzahlungen an die Alliierten — die Sachlieferungen haben ihren besonderen Mechanismus, auf den an dieser Stelle jetzt nicht eingegangen werden kann, — in der Hauptsache, ja man kann fast Jagen gänzlich vermittels ausländischer Anleihen beglichen hat. Der Transfer von großen Marksummen in ausländische Wäluen war also bisher noch gar nicht nötig.

Dieser Zustand wird aber bald ein Ende haben. Deutschland kann sich nicht mit der Aufnahme immer neuer ausländischer Anleihen ständig mehr belasten, und außerdem muß notwendigerweise einmal der Augenblick kommen, wo die Sicherheiten, die die Grundlage jeder solchen Anleihe bilden müssen, erschöpft sein werden. Dann erst werden wir den Transferschuh wirklich notwendig haben.

Es ist aber noch ein weiteres Moment zu bedenken. Die Gelder, die zur Begleichung der Reparationen bei dem amerikanischen Reparationsagenten zusammen fließen, werden nach Maßgabe der Transfervermögensleistungen von diesem jeweils in der Reichsbank bis zu einer Höchstsumme von fünf Milliarden gesammelt und soweit sie nicht sofort transferierbar sind in Form von Obligationen auf den Transfermarkt und der deutschen Wirtschaft oder richtiger dem deutschen Kapitalmarkt zugeführt. Fällt der Transferschuh, darf jede eingehende Summe sofort ins Ausland weitergeleitet werden, so muß sich diese Tatsache angeht in der Deutschland bereits bestehenden Kapitalknappheit in verhängnisvoller Weise für die Liquidität der deutschen Wirtschaft bemerkbar machen.

Es wird gelegentlich notwendig sein, noch weitere Auswirkungen der Transfervorkehrung zu untersuchen. Aus dem Gefagten aber geht bereits hervor, daß Deutschland seine eigene Zukunft auf den Transferschuh, einen der wenigen tatsächlichen Vorteile des Londoner Protokolls, verzichtet darf, wenn diesem Verzicht als Gegenleistung nicht eine so bedeutende Herabsetzung der deutschen Geldverschuldung und der deutschen Jahresleistungen gegenüber steht, wie sie auf Grund des angelegten Tatsachenmaterials von der Gegenseite keinesfalls erwartet werden kann.

Der Zusammentritt des Komitees.

Nicht vor Anfang Februar.

London, 30. Dezember.

Nach Meldungen aus Washington ist mit dem Zusammentritt des Sachverständigen-Komitees nicht vor Ende Januar, wahrscheinlich aber erst Anfang Februar zu rechnen. Man führt dies darauf zurück, daß Barler Gilbert zuerst mit Coolidge und Hoover Verhandlungen über die amerikanischen Sachverständigen haben wird, die sich jedenfalls bis Mitte Januar hinziehen würden.

Die Barier Zeitung „Temps“ hatte berichtet, daß die Ernennung der Sachverständigen für die Reparationskonferenz am 5. Januar durch die Reparationskommission erfolgen werde. Diese Nachricht wird aber von deutscher Seite als zweifelhaft bezeichnet. Jedenfalls liegt bisher noch kein Anzeichen dafür vor, daß dieser Schritt getroffen ist. Auch über die Ernennung der Sachverständigen liegt vorläufig noch keine Entscheidung vor. Die Ernennung der Sachverständigen wird jedenfalls nicht vor der Beilegung des Zeitpunktes der Einberufung der Konferenz erfolgen.

Die Krise in Paris.

Poincare kündigt seinen Rücktritt an.

Paris, 1. Januar.

Reichspräsident Poincare hat gestern im Kabinettsrat seinen Kollegen mitgeteilt, daß er beabsichtigt, seine Demission einzureichen. Die übrigen Mitglieder haben ihm Beifall gegeben, von diesem Beginn abzusichen und haben auf die großen zwischen den internationalen Jagen und die Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage hingewiesen.

Die Kammer hat unter dem Einfluß einer neuen Rede des Finanzministers Cheron die Diätenparagrafen in der vom Senat abgeleiteten Fassung, wie das erwartet werden wird, angenommen. Damit ist diese Frage parlamentarisch erledigt. Am Senat nahm — und das ist das Hauptereignis — die Beratung des Budgetparagrafen betreffend das Verbot für die Abgeordneten, bestimmte Kosten in gemeinschaftlichen Unternehmungen nach ihrer Wahl notwendig zu übernehmen, einen für die innerpolitische Lage und Stabilität der Regierung günstigen Verlauf. Das ist ein Erfolg für Poincare.

Das Budget ist nunmehr erledigt, und beide Häuser haben sich auf einige Zeit vertagt. Damit ist der Teil der Aufgabe des neuen Kabinetts Poincare erfüllt. Es bleibt der andere Teil, die Reparationsfrage, die ihm weiter die größte Schwierigkeit in seinen Parlamenten bereiten wird. Da die Opposition in beiden Parlamenten bisher durchaus nicht infam zu sein scheint, eine neue stabile Regierung auf die Wäluen zu stellen, so wird die Scheu vor einer Folge von Kabinettsstürzen während der wichtigsten außenpolitischen Verhandlungen zur zweiten Hälfte für Poincare, es ist daher nicht ausgeschlossen, daß Poincare seine Rücktrittsdrohung nur dazu benutzen will, um nach der Aufhebung durch Stellung der Vertrauensfrage eine neue Position zu sichern.

Kabinet Poincare wieder gerettet.

Ueber die Krise besteht fort.

Paris, 30. Dezember.

Der Bestand des Kabinetts Poincare ist wieder einmal gerettet worden, nachdem der Gegenstand zwischen dem Finanzminister Cheron und dem Ministerpräsidenten den in äußerster Not geworden war und der Ausdruck der Krise nicht nur der für den Tag, sondern für die Zukunft die in der Finanzvorlage, die der Finanzminister vortrat, mit einer kleinen Mehrheit angenommen, wobei allerdings vermerkt sein muß, daß sich eine große Anzahl von Abgeordneten der Stimme enthielt.

Wenn auch durch die Abstimmung die akute Krise beiläufig ist, so besteht sie doch noch weiter fort, wie der offizielle „Correspondent“ in einer Betrachtung der innerpolitischen Lage schreibt. Das Blatt stellt fest, daß die ministerielle Lage nicht mehr so fest wie zu Beginn der Zwischenberatungen. Nachdem sich der Ministerpräsident und der Finanzminister im offenen Gegensatz über die Frage der Diätenmehrung befunden hätten, fiel dies kein Geheimnis mehr. Das Blatt hält es für sicher, daß im Januar endgültige Klarheit geschaffen werden wird. Die Entscheidung der radikalen Kammergruppe, an die Regierung über die allgemeine Politik eine Anfrage einzubringen, werde dem Ministerpräsidenten außerdem Gelegenheit geben, die Vertrauensfrage zu stellen, falls es Poincare nicht vordiehen sollte, dem Präsidenten der Republik den Rücktritt des Kabinetts mitzutteilen.

Der „Gazette du Franc“-Skandal.

Bankier Amard verurteilt. Eine Million Beschlagnahmung gelber für das Journal.

Paris, 1. Januar.

Die Vernehmungen und Gegenüberstellungen von Angeklagten und Zeugen in der Angelegenheit der „Gazette du Franc“ durch den Untersuchungsrichter erboten mit der Verurteilung des Bankiers Amard in Aachen, der bei

der Vermittlung von Schneeweisern an eine gewisse Stelle aus...
Das effizienteste Verhör gab insbesondere der Zwickauer...
Witz und die große Pariser Zeitung "Journal" eine...
Witz und die große Pariser Zeitung "Journal" eine...
Witz und die große Pariser Zeitung "Journal" eine...

Aus dem In- und Auslande.

Der Sozialist der Gruppe Nord-West.

Eszen, 2. Januar. Die Verhandlung über die vom Arz...

Rückbildung des Lohnabkommens für die württembergische und pfläzische Metallindustrie.

Das für die württembergische und pfläzische Metallind...

Einbeziehung der Werte in die Arbeitslosenversicherung...

Einbeziehung der Werte in die Arbeitslosenversicherung...

35 000 politische Arbeiter 1929 für...
Das Inflationsscheitern...
Man nimmt an, daß das französische Problem...
Zwanzigprozentige Produktionssteigerung bei Ford...

Neuport, 1. Januar. Die Ford Motor Co. in Detroit...

Politischer Aktivist vor Gericht.

Prosz gegen des Revolvererfalls auf den russischen...

Warschau, 20. Dezember.

Vor dem Bezirksgericht in Warschau begann der Prosz...

In seiner Rede erklärte der Angeklagte, daß er die...

Prosz, während der Staatsanwaltschaft und die beiden...

Die Parteien zur Jahreswende.

Dr. Stresemann an die deutsche Jugend.

Die Nationaldemokratische Korrespondenz verbreitet folgen...

Eine der erfreulichsten Erscheinungen des politischen Lebens...

Kann der Staat, können die Parteien darauf verzichten?

Das wird zu neuen Kämpfen, aber auch zur Klärung führen...

Kombiung der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Deutschnationale Volkspartei erklärt ebenfalls eine...

Neujahrswunsch des Zentrumsvorleiters Dr. Kaas.

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei Dr. Kaas...

Ministerpräsident Dr. Held an die Pfalz.

Ministerpräsident Dr. Held hat an die Pfalz einen...

Ministerpräsident Dr. Held hat an die Pfalz einen...

Die Steuern im Januar.

- 5. (keine Schonfrist): Zahlung des Steuerabzuges vom...
- 10. (keine Schonfrist): Entrichtung der Einkommen- und...
- 15. (keine Schonfrist): Zahlung des Steuerabzuges vom...
- 20. (keine Schonfrist): Zahlung des Steuerabzuges vom...
- 25. (keine Schonfrist): Anmeldung und Zahlung der Vieh...
- 31. (keine Schonfrist): Ablauf der Frist für die Abgabe...

Aus der Umgegend.

Neuburg, 3. Januar.

Profit Neujahr! Es wird ja wohl nimmer jeder...

Die „Sorgen“-Weibe.

Wie vorausgesetzt, so trat es ein: Die „Sorgen“-Weibe...

Lauda. Eine Karnevalsgesellschaft Laudas - Wegendorf...

der durch Waldmeister Widmann recht freundlich ausgedrückte...

Nachdem Herr Kernhöfer während der Tafel seine Gäste begrüßte...

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Schlusßwort an Fahrgäste.

Der Oberpräsident teilt mit, daß mit Rücksicht auf die allgemeine...

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Lauda.

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Neudorf.

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Neudorf.

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Neudorf.

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Neudorf.

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Neudorf.

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Neudorf.

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Neudorf.

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Neudorf.

Die Besichtigung der Stadt Neudorf, die sich bei der...

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erhebt wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köpfeben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpfeben.
Gesellschaftsleite in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpfeben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 532

Anzeigen stellen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkassa Nebra — Bantoberein Artern.

Nr 2

Donnerstag, den 3. Januar 1929

42. Jahrgang

Neujahrsempfang bei Hindenburg.

Die Gratulation des diplomatischen Korps und des Reichskabinetts.
Berlin, 1. Januar.
Wie an den vergangenen Neujahrsempfängen, fand auch diesmal bei dem Reichspräsidenten ein großer Neujahrsempfang statt. Der Kelch der Empfänge wurde durch das diplomatische Korps eingeleitet, dem das Reichskabinetts unter Führung des Reichsfinanzministers folgte.

Vor dem Eingang zum Reichspräsidentenpalais machte bei der um 11.50 Uhr beginnenden Aufahrt der Reichspräsident und ausländischen Vertreter eine Ehrenwache die Ehrenbezeugungen. Zum erstmalig seit Einführung des Präsidenten bei der Reichswacht wurden die Reichspräsidenten durch Präsentieren des Gemetsches geht. Bei den Geländern und fremden Vertretern wurde bei der Ehrenbezeugung nur Achtung genommen.

Der Vertreter des Reichs, Raimund Pacelli, sprach als Zonen des diplomatischen Korps im Namen der ausländischen Vertreter den Neujahrsglückwunsch aus, den der Reichspräsident mit einer Ansprache erwiderte. Bei dem Empfang waren auch Reichsfinanzminister Dr. Stresemann, Staatssekretär v. Schubert und der Chef des Protokolls anwesend.

Nach dem Empfang der diplomatischen Vertreter erschien der Reichsfinanzminister an der Spitze der jetzt in Berlin anwesenden Reichsminister vor dem Reichspräsidenten, um in einer längeren Rede die Glückwünsche des Reichskabinetts darzubringen. Der Reichspräsident dankte wieder mit einer Ansprache, in der er auch die aktuellen politischen Probleme berührte.

Daran anschließend fand der Empfang des Präsidiums des Reichstages unter Führung des Reichspräsidenten, des Reichspräsidenten, der Vertreter der Reichswehr und der Spitze der übrigen Reichsbehörden statt. Ministerpräsident Otto Braun überbrachte die Glückwünsche der preussischen Staatsregierung.

Neujahrserlasse an die Wehrmacht.

Amtlich wird mitgeteilt: Ans Anlaß des Jahreswechsels sind folgende Neujahrserlasse an die Wehrmacht ergangen:
An die Wehrmacht.

Der deutschen Wehrmacht erwies ich zum Neuen Jahr meine herzlichsten Wünsche und Grüße. Es war mir eine Freude, im ablaufenden Jahr Heer und Marine bei ihrer ersten und verantwortungsvollen Arbeit sehen und ihre guten Leistungen anerkennen zu können.

An die Reichswehr.

Allen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, allen Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichswehr meine herzlichsten Neujahrsglückwünsche!

Der Wille läßt sich nicht in Fesseln schlagen. Geist ist unabh. hängt von Starbheit der äußeren Form. Willen und Geist zu schulen, ist unser bester Dienst am deutschen Volk.

ges.: Groener, Reichswehrminister.

An das Reichsheer.

Allen Angehörigen des Reichsheeres meine besten Glückwünsche im Neuen Jahr wollen unter Wille tun.
ges.: Deyh, General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

An die Reichsmarine.

Zum Jahreswechsel spreche ich der Reichsmarine meine besten Glückwünsche aus. Auch im kommenden Jahre werden wir unsere Wille erfüllen, einig im Ziel und fest im Glauben an Deutschlands Zukunft!
ges.: Raeder, Komml., Dr. v. C., Chef der Marineleitung.

Der Transferschuh.

Gelegentlich der diplomatischen Verhandlungen, die der Vorbereitung der bevorstehenden großen Sachverständigenkonferenz zur Regelung der Reparationsfrage dienen, verlaute mehrfach, daß der amerikanische Reparationsagent Parker Gilbert dafür eintrete, daß Deutschland als Kompensation für gewisse Zugeständnisse der Alliierten in der Frage der Gesamtschulden der deutschen Reparationsverpflichtung und des Betrages der jährlich zu zahlenden Annuitäten auf den ihm durch das Londoner Protokoll vom 30. August 1924 zugesicherten Transferschuh verzichtet solle. Ueber die Bedeutung dieses Schuhs und seinen Wert für Deutschland herrscht in weiten Kreisen vielfach keine sehr genaue Vorstellung. Da er aber zweifellos berufen sein wird, in den bevorstehenden Finanzverhandlungen eine Rolle von überragender Wichtigkeit zu spielen, dürfte es angebracht sein, daß man sich in der breitesten Öffentlichkeit sehr eingehend mit ihm beschäftigt.

Der Verfallter Vertrag als solcher kennt den Transferschuh nicht. Er sieht überhaupt keinerlei Schuh für die deutsche Wirtschaft vor, obwohl die zahlreichen Wirtschaftssachverständigen, die auf der Seite der Alliierten an seiner Ausarbeitung teilgenommen haben, sich sehr eingehend damit beschäftigten, daß die ungeheuren Zahlun-



würden, wenn nicht gleichzeitig ein sicherer Schuh gegen die plötzliche Ueberbewertung der Valutamärkte mit Milliarden-Beträgen deutscher Mark geschaffen würde. So bestimmen denn die Männer des Dawes-Ausschusses:

Wie in Deutschland für die Zwecke des Vertrages aufzubewahren Gelder sollen... nur abgehoben werden dürfen unter Bedingungen und Sicherheitsmaßnahmen die den deutschen Wechselkurs, der Interessen der Gläubigerkonventionen und die deutsche Volkswirtschaft hinreichend schützen.

Praktisch gesehen ist der Transferschuh bis heute so sonderbar es auch klingen mag, noch nicht in Wirklichkeit getreten. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß Deutschland die bisher fälligen Verzinsungen an die Alliierten — die Sicherleistungen haben ihren besonderen Mechanismus, auf den an dieser Stelle jetzt nicht eingegangen werden kann, — in der Hauptsache, ja man kann fast sagen gänzlich vermittels ausländischer Anleihen beglichen hat. Der Transfer von großen Marksummen in ausländische Wäluen war also bisher noch nicht nötig.

Dieser Zustand wird aber bald ein Ende haben. Deutschland kann sich nicht mit der Aufnahme immer neuer ausländischer Anleihen ständig mehr belasten, und außerdem muß notwendigerweise einmal der Augenblick kommen, wo die Sicherleistungen, die die Grundlage jeder solchen Anleihe bilden müssen, erschöpft sein werden. Dann erst werden wir den Transferschuh wirklich notwendig haben.

Es ist aber noch ein weiteres Moment zu bedenken. Die Gelder, die zur Begleichung der Reparationen bei dem amerikanischen Reparationsagenten zusammen fließen, werden nach Maßgabe der Transfermöglichkeiten von diesem jeweils in der Reichsbank bis zu einer Höchstsumme von fünf Milliarden gesammelt und soweit sie nicht sofort transferierbar sind in Form von Obligationen käuflich oder Anleihebegebung wieder der deutschen Wirtschaft oder richtiger dem deutschen Kapitalmarkt zugeführt. Fällt der Transferschuh, darf jede eingehende Summe sofort ins Ausland weitergeleitet werden, so muß sich diese Tatsache angeht der in Deutschland bereits bestehenden Kapitalknappheit in verhängnisvoller Weise für die Liquidität der deutschen Wirtschaft bemerkbar machen.

Es wird gelegentlich notwendig sein, noch weitere Ausströmungen der Transferknappheit zu unterziehen. Aus dem Gesagten aber geht bereits hervor, daß Deutschland kein so großes Maß an den Transferschuh, einen der wenigen tatsächlichen Vorteile des Londoner Protokolls, verzichten darf, wenn diesem Verzicht als Gegenleistung nicht eine so bedeutende Herabsetzung der deutschen Gesamtverpflichtung und der deutschen Jahresleistungen gegenüber steht, wie sie auf Grund des bekannten Lastenmaterials der Gegenseite keinesfalls erwartet werden kann.

Der Zusammentritt des Komitees.

Nicht vor Anfang Februar.
London, 30. Dezember.
Nach Meldungen aus Washington ist mit dem Zusammentritt des Sachverständigen-Komitees nicht vor Ende Januar, wahrscheinlich aber erst Anfang Februar zu rechnen. Man führt dies darauf zurück, daß Parker Gilbert zuerst mit Coolidge und Hoover Verhandlungen über die amerikanischen Sachverständigen haben wird, die sich jedenfalls bis Mitte Januar hinziehen müßten.

Die Berliner Zeitung „Temps“ hatte berichtet, daß die Ernennung der Sachverständigen für die Reparationskommission bereits am 5. Januar durch die Reparationskommission erfolgt werde. Diese Nachricht wird aber von deutscher Seite als zweifelhaft betrachtet. Jedenfalls liegt bisher noch kein Anzeichen dafür vor, daß dieser Bericht zutreffend ist. Auch über die Ernennung der deutschen Sachverständigen liegt noch keine Nachricht vor. Die Ernennung der Sachverständigen wird jedenfalls nicht vor der Festlegung des Zeitpunktes der Einberufung der Konferenz erfolgen.

Die Krise in Paris.

Poincaré kündigt seinen Rücktritt an.

Paris, 1. Januar.
Ministerpräsident Poincaré hat seinen Rücktritt an seinen Kollegen mitgeteilt, daß er beschließt, seine Amtszeit nicht zu verlängern. Die übrigen Mitglieder haben ihm beschworen, von diesem Beginn abzusehen und haben sich die großen höchsten internationalen Fragen und die Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage hingewiesen.

Die Kammer hat unter dem Einfluß einer neuen Rede des Finanzministers Chéron die Diätenparagrafen in der vom Senat abgeleiteten Fassung, wie das erwartet worden war, angenommen. Damit ist diese Frage parlamentarisch erledigt. Am Senat nahm — und das ist das Hauptereignis — die Beratung des Budgetparagrafen betreffend das Verbot für die Abgeordneten, schlichte Stellen in gewerblichen Unternehmen nach ihrer Wahl nennlich zu übernehmen, einen für die innerpolitische Lage und Stabilität der Regierung günstigen Verlauf. Das ist ein Erfolg für Poincaré.

Das Budget ist nunmehr erledigt, und beide Häuser haben sich auf einige Zeit verabschiedet. Damit ist der Teil der Aufgabe des neuen Kabinetts Poincaré erfüllt. Es bleibt der andere Teil, die Reparationsfrage, die ihm weiter die härteste Stellung in beiden Kammern einbringen wird. Da die Expedition in beiden Kammern bisher durchaus nicht instand zu sein scheint, eine neue stabile Regierung auf die Reihe zu stellen, so wird die Scheu vor einer Folge von Kabinettswechseln während der wichtigsten außenpolitischen Verhandlungen vor beiden Häusern größte Sorge für Poincaré. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß Poincaré seine Rücktrittsdrohung nur dazu benutzen will, um nach der Absehung durch Stellung der Vertrauensfrage eine neue Position zu sichern.

Kabinetts Poincaré wieder gerettet.

Über die Krise besteht fort.

Paris, 30. Dezember.
Der Bestand des Kabinetts Poincaré ist wieder einmal gerettet worden, nachdem der Gegenstand zwischen dem Finanzminister Chéron und dem Ministerpräsidenten in den letzten Tagen so hart geworden war und der Ausbruch der Krise dicht vor der Tür stand. Der französische Senat hat die Diätenvorlage, die der Finanzminister vorlegt, mit einer kleinen Mehrheit angenommen, wobei allerdings vermerkt sein muß, daß sich eine große Anzahl von Abgeordneten der Stimme enthält.

Wenn auch durch die Abstimmung die akute Krise beendet ist, so besteht sie doch noch weiter fort, wie der offizielle „Excellence“ in einer Betrachtung der innerpolitischen Lage schreibt. Das Blatt stellt fest, daß die ministerielle Lage nicht mehr so fest wie zu Beginn der Zehnjahresverhandlungen. Nachdem sich der Ministerpräsident und der Finanzminister im offenen Gegensatz über die Frage der Diätenverhöhung befunden hätten, fiel dies kein Geheimnis mehr. Das Blatt hält es für sicher, daß im Januar endgültige Klarheit geschaffen werden wird. Die Entscheidung der radikalen Kammergruppe, an die Regierung über die allgemeine Politik eine Anfrage einzubringen, werde dem Ministerpräsidenten außerdem Gelegenheit geben, die Vertrauensfrage zu stellen, falls es Poincaré nicht vorziehen sollte, dem Präsidenten der Republik den Rücktritt des Kabinetts mitzuteilen.

Der „Gazette du Franc“-Skandal.

Bankier Amard verhaftet. — Eine Million Beschlagnahme gelistet für das Journal.

Paris, 1. Januar.
Die Vernehmungen und Gegenüberstellungen von Angeklagten und Zeugen in der Angelegenheit der „Gazette du Franc“ durch den Untersuchungsrichter endeten mit der Verhaftung des Bankiers Amard, der bei